frauen
/ruhr/
geschichte

Frida Levy

Frida Levy

In der Essener Erinnerungskultur ist Frida Levy (1882-1942) fest als Kunstmäzenin verankert, die von den Nationalsozialisten 1942 nach Riga deportiert und dort oder in der Nähe ermordet wurde.[1] Eine Schule in Essen wurde 2000 nach ihr benannt und gleich zwei Stolpersteine des Künstlers Gunter Demnig – einer in Essen, ein zweiter an ihrem letzten Wohnort in Berlin-Wilmersdorf[2] – erinnern an sie. Das Wissen um ihr Engagement für Frauen und für das Frauenwahlrecht ist inzwischen zwar bekannt, jedoch weit weniger verbreitet.

Frida Levy kam gebürtig aus Geseke und zog mit ihrem Mann Fritz, einem promovierten Juristen, kurz nach der Hochzeit am 29. März 1901 nach Essen, wo er einen Teil seines Referendariats absolvierte. In Essen lebte Verwandtschaft von ihm, die angesehene Familie Hirschland, eventuell war dies der Grund für ihren Zuzug ins Ruhrgebiet.[3] Wenige Jahre später bereits zog – so der Levy-Biograf Ludger Hülskemper-Niemann – die „großbürgerliche Familie, die stark nach außen orientiert war", in „ein großzügiges Haus in der Moltkestraße".[4] Das Paar, das bis 1919 gemeinsam vier Kinder bekam, führte ein kulturell und gesellschaftspolitisch aktives Leben und lud regelmäßig Künstler und Intellektuelle zu Lesungen, Vorträgen und Diskussionen ein, zu denen auch der Maler Karl Schmidt-Rottluff zählte.[5] Frida Levy war kunstinteressiert und besuchte Kurse an der Folkwangschule. Das Portrait, das der Maler Fritz Reusing von ihr 1907 anfertigte, ist heute in der Alten Synagoge Essen zu besichtigen.

Frauenpolitische Aktivität im Verein Frauenwohl

Bereits mit deren Einrichtung 1902 wurde das Ehepaar Mitglied der Essener Zweigstelle des 1888 in Berlin von Minna Cauer gegründeten Vereins Frauenwohl. [6] Neben 171 Frauen zählten neun Männer zu den Gründungsmitgliedern. [7] Unter ihnen auch Angehörige namhafter Essener Familien wie Baedeker und Hirschland, Frauen städtischer Honoratioren wie Bankdirektoren, Kommerzienräte, Pfarrer und Redakteure, aber auch Frauen wie Margarete Herz, eine Dentistin, die einem lesbisch-feministischen Netzwerk zwischen Essen, Gelsenkirchen und Bochum angehörte.[8]

Zu den Mitgliedern der ersten Stunde zählte neben den Levys das Ehepaar Marcus. Zusammen mit ihrem Mann Ernst setzte sich Bertha Marcus (1869-1918) dafür ein, dass Mädchen das Gymnasium besuchen und Abitur machen durften. Sie erreichte durch ihren Besuch beim preußischen Kulturminister in Berlin die Genehmigung zur Gründung der ersten Gymnasialklasse für Mädchen in Essen.[9]

Mit einem Statut wurden die Aufgaben und Ziele des Essener Vereins Frauenwohl definiert:

„§ 2. Zweck des Vereins ist die Förderung aller berechtigten Frauenbestrebungen der Gegenwart."

„§ 3. Zur Erreichung dieses Zweckes werden:

1. a) im Verein Vorträge von Männern und Frauen gehalten und besprochen;
2. b) Arbeitsgruppen gebildet, die gemäß den gefaßten Beschlüssen die Zwecke des Vereins zu verwirklichen haben.

§ 4. Der Verein hält sich fern von jeder politischen und religiösen Parteistellung."[10]

Als erstes wurde 1903 eine Rechtsschutzstelle eingerichtet, kurz darauf ein Mädchenhort.[11]

Frida Levy arbeitete seit 1904 in der Rechtsschutzstelle, in der zehn Frauen tätig waren. „Von unserem stets hilfsbereiten Anwalt [RA Breidenbach] belehrt und geleitet, erteilten wir Frauen und Mädchen Rat in Rechtssachen; wir setzten Bitt- und Armenrechtsgesuche auf, machten Eingaben, vermittelten gütliche Ausgleiche (besonders bei

Gesinde- und Mietstreitigkeiten); wir halfen mit Rat und Tat bei der Berufswahl, machten stets mit glücklichem Erfolg die Alimentationsansprüche von Mutter und Kind frühzeitig geltend; durch Sammlung des Materials suchten wir notwendige Prozesse so vorzubereiten, dass dem Rechtsanwalt die Übersicht erleichtert wurde, wir suchten da, wo nicht zu helfen war, den Unglücklichen wenigstens Gelegenheit zu rückhaltloser Aussprache zu geben.“[12] Man wollte damit den „in ungeordnete Verhältnisse Geratenen wieder zu einem geregelten Leben“ verhelfen[13] und arbeitete seit 1910 eng mit der städtischen Rechtsauskunftsstelle zusammen. Zuständig sah sich die „Auskunfts- und Beratungsstelle für Frauen (Rechtsschutzstelle für Frauen)“ für alle Fälle, bei „denen die ratsuchenden Frauen von einer Frau“ beraten werden wollten.[14] Für 1911 verzeichnet der Jahresbericht 778 Beratungen.[15]

In den Folgejahren richtete der Verein Frauenwohl Gruppen für verbesserte Frauenkleidung (1905) und für Realgymnasialkurse für Mädchen (1905), einen Frauenklub (1906), Mütterabende (1909) und eine Auskunftsstelle für Frauenberufe (1910) ein.[16]

Der Gruppe für verbesserte Frauenbekleidung gehörte Frida Levy nachweislich 1910 an. Dieser Gruppe ging es darum, „die Körperkultur des weiblichen Geschlechts zu fördern und für Fortgestaltung einer gesundheitsgemäßen, ästhetischen Frauenkleidung im Sinne des unverschnürten Körpers zu wirken.“[17] Mag man die Wortwahl der Vertreterinnen der Ersten Frauenbewegung auch befremdlich finden, so ist sie durchaus vergleichbar mit den BH-Verbrennungen der Zweiten Frauenbewegung in den 1970er Jahre.[18]

Es ging um die Befreiung der Frau, Befreiung weitgefasst verstanden als Möglichkeit, Begrenzungen zu überschreiten, sei es durch Bildung, sei es durch juristischen Rechtsbeistand oder durch Ablage der bis dahin (für bürgerliche Frauen) üblichen Korsetts.

Frida Levy tritt für das Frauenwahlrecht ein

Es lässt sich nicht exakt datieren, wann Frida Levy diese Form des sozialen und caritativen Engagements, mit denen Frauen innerhalb der durch und durch von Männern bestimmten Gesellschaft des deutschen Kaiserreichs öffentliche Anerkennung gewinnen konnten,[19] als nicht ausreichend betrachtete, um Frauen die ihnen gebührende gesellschaftliche Position zu verschaffen. 1910 war Minna Cauer in Essen zu Gast und referierte vor den Vereinsmitgliedern über „Warum hat die Frau die Pflicht, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu beschäftigen?“[20] Cauer hatte bereits 1895 gesagt, dass das Wahlrecht keine „Belohnung“ sein könne, „weil man zur Freiheit nicht erziehen kann, sondern durch die Freiheit erzogen wird.“[21]

Wenig später nur wurde Frida Levy Vorsitzende des Essener Ortsvereins für Frauenstimmrecht, Vorsitzende des Rheinischen Provinzialvereins für Frauenstimmrecht und Mitglied im erweiterten Vorstand des Preußischen Landesvereins für Frauenstimmrecht, deren Vorsitzende Minna Cauer war.[22]

1907 noch hatte Clara Zetkin dem Verein vorgeworfen, „zum großen Teil dem Frauenwahlrecht gleichgültig, im besten Falle aber als laue Freunde“ gegenüberzustehen[23], doch forderte der Landesverein 1911 das Frauenstimmrecht als eine Forderung der Gerechtigkeit, der sozialen Notwendigkeit und der Kultur. „Soll die Stimmrechtsbewegung eine kraftvolle volkstümliche Bewegung werden, oder soll sie auf eine dünne Oberschicht wohlhabender Frauen beschränkt sein, die zwar für Frauenrechte, aber nicht für Volksrechte eintreten? Wer Gerechtigkeit und Kultur nicht als Phrase gebraucht, um für sich selbst Sonderrechte zu erlangen, der trete der Organisation bei, die in Preußen, dem Lande des Dreiklassenwahlsystems, für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für beide Geschlechter kämpft: dem Preußischen Landesverein für Frauenstimmrecht!“[24]

Bei der Reichstagswahl am 12. Januar 1912 hatte der Verein und seine Mitglieder so viel Courage und trug in den Wahllokalen den Inhalt folgenden Flugblatts vor: „Ich protestiere gegen meinen Ausschluss von der Reichstagswahl, da ich als deutsche Staatsangehörige über 23 Jahre auf Grund der bestehenden Verfassung wahlberechtigt bin. Alle Gesetze und Verordnungen, die sich nur der männlichen Form bedienen, sind verbindlich für beide Geschlechter, sofern nichts anderes bestimmt ist. Eine diesbezügliche Bestimmung liegt in der Verfassung des Deutschen Reiches nicht vor, folglich sind alle Staatsangehörigen wahlberechtigt und der Ausschluss der Frauen bedeutet eine

Verletzung von Gesetz und Verfassung. Wir Frauen wollen nicht nur die Pflichten dem Reiche gegenüber erfüllen, nämlich ihm die Bürger schenken, arbeiten und Steuern zahlen, wir fordern als Staatsangehörige auch unsere Rechte, nämlich die volle politische Gleichberechtigung.“[25]

Das Engagement nach 1919

Frida Levy trat also aktiv für das Frauenwahlrecht ein, bevor es durch sechs Sozialdemokraten – drei MSPD- und drei USPD-Mitglieder – revolutionsbedingt am 18. November 1918 festgelegt wurde.[26] Die Betonung, dass es Sozialdemokraten waren, die den Frauen das Wahlrecht zubilligten, ist deswegen von Relevanz, weil noch im Oktober 1918 alle Parteien bis auf die SPD das Wahlrecht für Frauen abgelehnt hatten.[27] Die MSPD-Abgeordnete Marie Juchacz (1879-1956), die am 19. Februar 1919 als erste Frau in der Nationalversammlung sprach, betonte, dass erst die Revolution „die alten Vorurteile überwunden“ hätte[28], während ihr Nachredner, der Zentrums-Abgeordnete Dr. Mayer hervorhob, dass „die bewundernswerten Leistungen der Frauen“ während des Krieges alle Bedenken darüber, ob Frauen in die „politische Arena“ gehörten, beseitigt hätten.[29] Das Wahlrecht also verstanden als eine Form der Belohnung für die harte Arbeit an der sogenannten Heimatfront.

Ob Frida Levy Mitglied der Sozialdemokratie war, wie ihr Mann Fritz seit 1914 – der 1918/1919 juristischer Berater des „Arbeiter- und Soldatenrates“, für kurze Zeit stellvertretender Polizeipräsident, später sozialdemokratischer Stadtverordneter und Beigeordneter des Kulturdezernates der Stadt Essen war –, ist nicht bekannt.[30] Sie saß nachweislich als „Bürgervertreter“ im Ausschuss für Volksbildung.[31] Wie sie dort gewirkt hat, ist nicht mehr nachvollziehbar.

Bekannt ist, dass das Ehepaar Levy ihre jüngste Tochter Susanne an einer bekenntnisfreien Schule anmeldeten, einer Schulform, die vor allem linksorientierten Eltern gegen den z. T. erbitterten Widerstand der christlichen Konfessionen und der Bildungsbürokratie 1923 in Essen durchgesetzt hatten.[32] Hier wurde eine Forderung von Johann Franz Adolph Hoffmann (USPD) umgesetzt, der Ende 1918, Anfang 1919 preußischer Bildungsminister war, und der mit der Ankündigung, die kirchliche Schulaufsicht in Preußen abzuschaffen, sowohl die Katholiken als auch die Protestanten gegen sich aufgebracht und damit den Wahlkampf richtig in Schwung gebracht hatte.[33]

Frida Levy hielt zwischen 1924 und 1930 neun Vorträge, die von „Jugend und Alkohol“ über die „sozialistische Erziehung“ bis hin zu „Sexualprobleme in der Jugendbewegung“ reichten.[34] Hedwig Richter hat hervorgehoben, dass Frauen mit ihrem Engagement gegen Prostitution, unhygienische Wohnverhältnisse, Alkohol und schlechte Schulbildung die „ganze Gesellschaft im Blick“ gehabt und sich „eine bisher nicht gekannte Autorität im öffentlichen Leben“ erarbeitet hätten.[35] Diese Autorität sieht die Historikerin Kirsten Heinsohn durch den Übergang zur parlamentarischen Bürokratie wieder schwinden, weil sich gesellschaftspolitische Gestaltungsmöglichkeiten in die Parteien und Verwaltungen verlagerten hätten.[36]

Ob Frida Levys sozial-politischer Gestaltungsraum mit der Erlangung des von ihr erkämpften Wahlrechts kleiner oder größer geworden ist, muss an dieser Stelle offen bleiben. Sie hat sich in der Essener Stadtgesellschaft engagiert und sich einen Namen gemacht, der bis heute erinnert wird. Anders übrigens als ihr Mann, nach dem keine Straße oder Schule benannt sind, obgleich er in der Essener Politik nachweislich eine Rolle gespielt hat.

Susanne Abeck frauen/ruhr/geschichte

Abeck, Susanne, Frida Levy, Version 1.0,
in: frauen/ruhr/geschichte, 07. 03. 2019
https://www.frauenruhrgeschichte.de/frg_biografie/frida-levy/